Policy Brief.



Kinderarmut und Kindergrundsicherung: Daten und Fakten

Antje Funcke und Sarah Menne

Das Wichtigste in Kürze

- 1. Kinderarmut ist ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland: Im Jahr 2022 sind 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (21,6 %) armutsgefährdet. Bei den jungen Erwachsenen von 18 bis 24 Jahren sind es 1,55 Millionen (25,3 %). Der Anteil armutsgefährdeter junger Menschen liegt seit Jahren auf einem hohen Niveau. Dabei beeinträchtigt Armut nachweislich alle Lebensbereiche von jungen Menschen: Sie führt zu schlechterer Gesundheit, geringeren Bildungschancen und Erfahrungshorizonten, kleineren sozialen Netzwerken, weniger Selbstvertrauen und Scham. Armut hat damit oft Folgen für das ganze Leben der Betroffenen. Sie führt aber auch zu hohen Folgekosten für die Gesellschaft, wenn potenzielle Fachkräfte fehlen, mehr Sozialausgaben erforderlich sind und weniger Steuern eingenommen werden.
- 2. Mit einer armutsfesten Kindergrundsicherung bekommen Kinder und Jugendliche eine höhere Geldleistung. Dass die Eltern dieses Geld für die Kinder nutzen, belegen Studien für Deutschland und die USA. Für eine häufig behauptete Zweckentfremdung von Geldleistungen für Kinder gibt es keine Evidenz. Egal ob reich oder arm, wollen Familien in aller Regel das Beste für ihre Kinder. Familien bilden in all ihrer Vielfalt die Keimzellen unserer Gesellschaft. Sie verdienen Vertrauen und ihnen sollte die Freiheit gewährt werden, selbst im Interesse und zum Wohle ihrer Kinder zu entscheiden.

- 3. Die Kindergrundsicherung ist volkswirtschaftlich eine gute Investition, die Kindern und Jugendlichen heute sowie zukünftigen Generationen Chancen eröffnet. Aktuelle Forschungsergebnisse aus den USA zeigen, dass sich Investitionen des Staates in die Armutsvermeidung langfristig rechnen. Die Kindergrundsicherung ist damit ein Chancengeld, das auch in einer angespannten Haushaltslage politisch Priorität haben sollte. Denn nehmen wir dieses Geld nicht in die Hand, bedeutet das im Umkehrschluss, dass wir weiter dabei zuschauen, wie mehr als ein Fünftel der jungen Generation seiner Lebenschancen beraubt wird.
- 4. Kinderarmut und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem müssen endlich gemeinsam in den Blick genommen und angegangen werden. In der öffentlichen Diskussion wird oft argumentiert, dass Investitionen in Bildungsinstitutionen effektiver wären als Geldleistungen zur Vermeidung von Armut. Allerdings halten wir als Gesellschaft das darin implizierte Versprechen eines "Aufstiegs durch Bildung" schon länger nicht mehr ein. Trotz bildungspolitischer Anstrengungen seit dem PISA-Schock im Jahr 2001 ist es nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen (sozioökonomischer) Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln. Es ist daher an der Zeit, sowohl gegen Armut als auch fehlende Bildungschancen gemeinsam vorzugehen, denn Kinder und Jugendliche brauchen beides: eine Kindergrundsicherung für finanzielle Sicherheit und gute, faire Bildungsinstitutionen. Eine armutsfeste Kindergrundsicherung würde dabei sofort wirken und das Leben junger Menschen und ihrer Familien spürbar verbessern. Umso wichtiger ist es, dass sie wie geplant im Jahr 2025 eingeführt wird.
- 5. Eine Kindergrundsicherung kann Armut nur wirksam vermeiden, wenn sie die tatsächlichen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen abdeckt. Dazu ist es nötig, die Existenzsicherung neu zu bestimmen und sich dabei an dem zu orientieren, was in Kindheit und Jugend heute zum Aufwachsen dazu gehört. Deshalb ist es wichtig, die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen unter ihrer Beteiligung zu erheben. Zudem muss die Kindergrundsicherung auch bei allen jungen Menschen ankommen. Die Bringschuld liegt beim Staat. Dazu bedarf es einer einfachen, digitalen Beantragung und guter Beratungs- und Unterstützungsangebote. Eine alleinige Erhöhung oder auch die reine Bündelung und Vereinfachung bisheriger Leistungen reicht nicht aus, um Kinder- und Jugendarmut zu vermeiden. Es braucht eine armutsfeste Kindergrundsicherung.

Aktuell wird um das Thema Kinderarmut und die Einführung einer Kindergrundsicherung in der Öffentlichkeit wie der Politik diskutiert und gerungen. Um die unterschiedlichen Positionen besser einordnen zu können, stellen wir hier einige aktuelle wissenschaftliche Forschungsergebnisse und Daten zusammen, die dabei helfen können, das eine oder andere Argument zu überprüfen.

Kinderarmut ist ein strukturelles Problem in Deutschland

Wenn wir in Deutschland von Kinderarmut oder Armutsgefährdung sprechen, geht es immer um relative Armut im Vergleich zum Lebensstandard in unserer

Gesellschaft. Als arm gilt demnach, wer über so wenig Einkommen verfügt, dass es nicht möglich ist, den in unserer Gesellschaft als selbstverständlich bzw. normal angesehenen Lebensstandard zu haben. Daran anknüpfend gibt es in der Wissenschaft zwei gängige Definitionen, um Kinderarmut bzw. Armutsgefährdung zu messen.

1. Einkommensarmutsgefährdung

Als armutsgefährdet gelten Personen, die in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens) aller Haushalte beträgt. Die Armutsgefährdungsschwellen im Jahr 2022 für verschiedene Haushaltstypen auf der Grundlage des

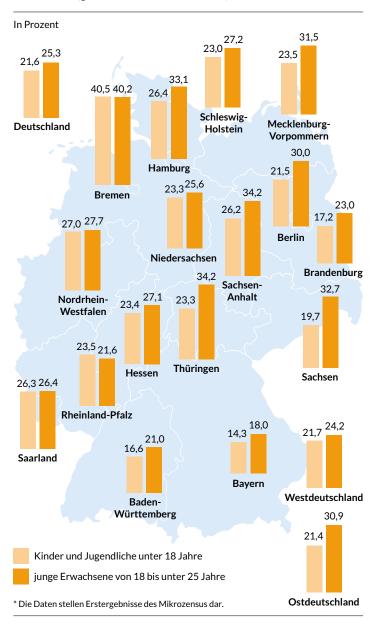
Mikrozensus¹ zeigt folgende Tabelle. Menschen, die ein Nettoeinkommen (inkl. Transferleistungen) unter diesen Schwellen beziehen, gelten als armutsgefährdet:²

Tabelle 1 Armutsgefährdungsschwellen in Deutschland im Jahr 2022*

Ein-Personen-Haushalt	1.189 Euro	
Paarhaushalt	1.784 Euro	
mit einem Kind unter 14 Jahren	2.141 Euro	
mit zwei Kindern unter 14 Jahren	2.498 Euro	
mit drei Kindern – davon zwei unter und eins über 14 Jahren	3.092 Euro	
Alleinerziehende		
mit einem Kind unter 14 Jahren	1.546 Euro	
mit zwei Kindern unter 14 Jahren	1.903 Euro	
mit drei Kindern – davon zwei		
unter und eins über 14 Jahren	2.498 Euro	
*Erstergebnisse des Mikrozensus 2022.		
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023), eigene Darstellun	g.	Bertelsmann Stif f

Nach dieser Definition sind in Deutschland im Jahr 2022 21,6 Prozent der Kinder unter 18 Jahren armutsgefährdet, das sind 3 Millionen³ Kinder und Jugendliche. Bei den jungen Erwachsenen von 18 bis unter 25 Jahren sind es 25,3 Prozent, also 1,55 Millionen. Das bedeutet: Mehr als jedes fünfte Kind und jede:r vierte junge Erwachsene ist von Armut betroffen. Diese beiden Altersgruppen sind im Vergleich aller Altersgruppen am stärksten von Armut betroffen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2023). Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Armutsgefährdungsquoten in den Bundesländern im Jahr 2022:

Abbildung 1 Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren sowie jungen Erwachsenen von 18 bis unter 25 Jahren (gemessen am Bundesmedian) in Deutschland, 2022*



1 Um Haushaltseinkommen zwischen Haushalten mit unterschiedlicher Größe und Alterszusammensetzung miteinander vergleichen zu können, wird das Nettoäquivalenzeinkommen berechnet. Dazu wird das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts (d. h. alle Einkünfte des Haushalts und Sozialleistungen abzüglich Steuer und Sozialbeiträge) durch die Anzahl der Personen im Haushalt – gewichtet mit der neuen OECD-Skala – dividiert. Die OECD-Skala weist den Mitgliedern eines Haushaltes unterschiedliche Faktoren zu. Der Haushaltsvorstand erhält dabei den Faktor 1, weitere Personen über 14 Jahre im Haushalt erhalten den Faktor 0,5 und Kinder bis 14 Jahre den Faktor 0,3. Zur Kritik an der OECD-Skala siehe Garbuszus et al. (2018).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der

Länder (2023), eigene Darstellung

- 2 Das Statistische Bundesamt weist Armutsgefährdungsschwellen und -quoten auf Bundesebene auf der Grundlage von zwei unterschiedlichen Datensätzen des Mikrozensus aus: MZ-SILC und MZ-Kern. In diesem Factsheet ziehen wir die Werte auf der Grundlage von MZ-Kern heran, da er die größere Stichprobe (1% der Bevölkerung) umfasst und Einkommen differenzierter und aktueller erfasst. Zudem ist nur auf der Grundlage von MZ-Kern ein Vergleich zwischen den Bundesländern möglich.
- 3 Der Wert ergibt sich aus der Armutsgefährdungsquote 2022 sowie der Fortschreibung des Bevölkerungstandes zum Stichtag 31.12.2022 des Statistischen Bundesamtes.

Bertelsmann**Stiftung**

2. Sozialstaatlich definierte Armutsgrenze

Nach der zweiten gängigen Armutsdefinition gelten Kinder als arm, wenn sie in einem Haushalt leben, der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch erhält (bis 2022 SGB II/ Hartz IV – ab 2023 Bürgergeld). Die Höhe der aktuellen Regelbedarfe beim Bürgergeld für verschiedene Personengruppen zeigt exemplarisch Tabelle 2. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Bürgergeld neben diesen Regelbedarfen auch die Deckung angemessener Bedarfe für Unterkunft und Heizung vorsieht. Zudem werden in besonderen Lebenslagen (für Alleinerziehende, Schwangere oder aus medizinischen Gründen) Mehrbedarfe gewährt und Kinder haben Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets.

Tabelle 2 Beispiele für Regelbedarfe beim Bürgergeld seit 01.01.2023

Bürgergeldberechtigte Regelbedarf Alleinstehende 502 Euro Volljährige Partner:innen 451 Euro 18- his 24- Jährige ohne eigenen Haushalt 402 Euro und nicht Partner:in 420 Euro 14- bis 17-Jährige 6- bis 13-Jährige 348 Euro 0- bis 5-Jährige 318 Euro

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2023), eigene Darstellung.

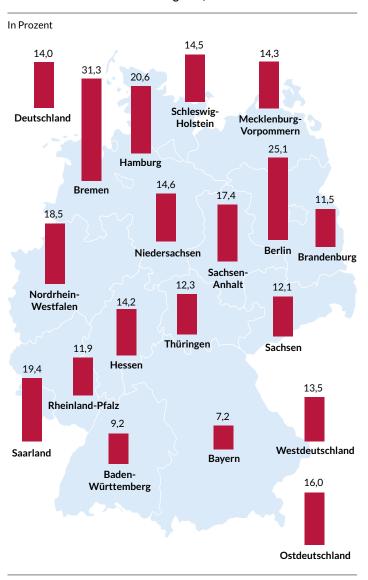
Bertelsmann**Stiftung**

Werden die Regelbedarfe aufgeschlüsselt nach einzelnen Positionen, so sind für Nahrungsmittel und Getränke z. B. 3,48 Euro täglich für unter 6-Jährige, 4,54 Euro für 6- bis 13-Jährige und 6,18 Euro für 14-bis 17-Jährige vorgesehen.⁴ Diese Beträge reichen selbst bei einer Inanspruchnahme einer kostenlosen Mittagsverpflegung in der Kita oder der Schule nachweislich nicht für eine gesunde Ernährung (unabhängig von der Ernährungsform) aus (Hohoff et al. 2022).

Angesichts der weiter deutlich steigenden Preise für Lebensmittel wird sich diese Situation zuspitzen.

In Deutschland lebten im Dezember 2022 14 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Familien, die Grundsicherungsleistungen bezogen – das entspricht 1,93 Millionen jungen Menschen. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die aktuelle Situation in den Bundesländern.

Abbildung 2 Anteil der Kinder unter 18 Jahren in Familien im SGB II-Bezug an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung im Bundesländervergleich, Dezember 2022.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2023), eigene Darstellung.

Bertelsmann**Stiftung**

⁴ Eigene Berechnungen durch Fortschreibung der Anteilswerte laut Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG) Stand 1.1.2023. Online abrufbar unter: www.rechtsportal.de/Familienrecht/Arbeitshilfen/Unterhaltstabellen-und-leitlinien/Regelbedarfs/Regelbedarfsermittlungsgesetz-Stand-01.01.2023/6-Regelbedarfsrelevante-Verbrauchsausgaben-der-Familienhaushalte [14.06.2023].

Zwei Armutsdefinitionen – unterschiedliche Ergebnisse?

Die Betrachtung der beiden Armutsdefinitionen und des damit identifizierten Ausmaßes an Armut zeigt, dass beide Definitionen nicht zu dem gleichen Ergebnis von Armut betroffener Personen kommen. Das Konzept der Einkommensarmutsgefährdung ist das breitere Konzept, da es alle Haushalte und Personen umfasst und wird auch für internationale Vergleiche genutzt. Bei der sozialstaatlichen Armutsdefinition werden hingegen nur die Haushalte bzw. Personen betrachtet, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II; jetzt Bürgergeld) in Anspruch nehmen. Da es viele Menschen gibt, die zwar ein Einkommen beziehen, das unter der Einkommensarmutsgefährdungsschwelle liegt, die aber aus Unkenntnis oder auch Scham keine SGB II-Leistungen bzw. Bürgergeld beantragen, ist die Gruppe der SGB II-Beziehenden in aller Regel geringer.⁵ Die sozialstaatliche Armutsdefinition wird vor allem herangezogen, um vertiefende Analysen (kommunal, differenziert nach Haushaltstypen sowie Zeitreihen) durchführen zu können.

Beide Armutsdefinitionen geben gemeinsam einen guten Einblick, wie viele Kinder und Jugendliche in Deutschland in einkommensarmen Verhältnissen aufwachsen. Sie machen auch deutlich, dass viele Familien, die aus unterschiedlichsten Gründen in Armut abgerutscht sind, erwerbstätig sind. Entweder versuchen sie, mit ihrem Einkommen über die Runden zu kommen oder sie stocken ihr Einkommen auf und machen ihren Anspruch auf Grundsicherungsleistungen geltend. Von den SGB II beziehenden Familien stocken von den Alleinerziehenden rund 40 Prozent auf, bei den Paarfamilien mit Kindern ein knappes Drittel, im Vergleich dazu ist es bei Alleinstehenden etwa ein Viertel (Lietzmann/Wenzig 2021).

Insgesamt bewegen sich die Anteile der armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen sowie die SGB II-Quoten schon lange auf dem oben skizzierten konstant hohen Niveau. Kinderarmut ist ein seit Jahren ungelöstes strukturelles Problem. Besonders häufig arm sind dabei junge Menschen, die mit

einem Elternteil oder mit mehr als zwei Geschwistern aufwachsen (Funcke/Menne 2023). Zudem zeigen Studien, dass Armut für zwei Drittel der betroffenen Kinder und Jugendlichen ein Dauerzustand ist bzw. es ihren Familien nicht gelingt, der Armut wirklich zu entkommen (Tophoven et al. 2017).

Was heißt es, in Deutschland in Armut aufzuwachsen?

Doch was bedeutet es konkret, in einem vergleichsweise wohlhabenden Land wie unserem von Armut betroffen zu sein? Arme Menschen haben in Deutschland in der Regel ein Dach über dem Kopf, eine Heizung und auch Essen. Allerdings sprechen der zunehmende Andrang bei den Tafeln (Tafel Deutschland e. V. 2022) ebenso wie die oben skizzierten, zu gering bemessenen Anteile für Nahrungsmittel in den Regelbedarfen dafür, dass eine gesunde Ernährung nicht mehr durchgängig möglich ist. Vor allem mit Blick auf ihre soziokulturelle Teilhabe und ihre Gesundheit erleben Kinder und Jugendliche aus armen Familien nachweislich deutliche Einschränkungen.

Arme Kinder wohnen häufiger beengt. Sie haben daher keinen ruhigen Ort, um sich zurückzuziehen, zu lernen oder Freunde zu sich nach Hause einzuladen. Sie können Geburtstage oder religiöse Feste vielfach nicht feiern und schlagen Einladungen aus, weil das Geld für Geschenke fehlt. Sie können seltener Sport im Verein treiben oder anderen Hobbies nachgehen, die Geld kosten. Unternehmungen wie Kino, mit Freunden etwas essen oder trinken gehen sowie eine einwöchige Urlaubsreise im Jahr sind finanziell nicht möglich. Für die Zukunft zu sparen – für den Führerschein, den Auszug von zuhause oder auch eine größere Anschaffung - ist für sie nicht vorstellbar (Tophoven et al. 2017 und 2018; Lietzmann/Wenzig 2020). Diese Einschränkungen führen zu fehlenden Erfahrungshorizonten, kleineren sozialen Netzwerken und einem geringen Vertrauen in sich selbst.

Im Bildungssystem haben Kinder aus Familien mit geringem Einkommen nicht die gleichen Chancen wie Kinder aus finanziell besser gestellten Familien:

5 Andererseits gibt es auch Fälle, in denen die SGB II-Leistungen Haushalte gerade so über die Armutsgefährdungsschwelle heben. Diese wenigen Haushalte beziehen dann SGB II-Leistungen, gelten aber nicht als armutsgefährdet. Dies ist vor allem bei Alleinerziehenden der Fall, die im SGB II Mehrbedarfe für ihre besondere Situation erhalten (Lietzmann/Wenzig 2020). Gerade für Alleinerziehende ist jedoch die Berechnung der für die Bestimmung der Armutsgefährdungsschwellen notwendigen Äquivalenzgewichte zu kritisieren (siehe Garbuszus et al. 2018).

Verfügt die Familie über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.600 Euro, so liegt die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, für die Kinder bei 26,2 Prozent. Befindet sich die Familie im obersten Einkommensviertel (5.500 Euro und mehr), so liegt die Wahrscheinlichkeit hingegen bei 60,8 Prozent (Wößmann et al. 2023: 37).

Auch die aktuelle IGLU-Studie hat erneut gezeigt, dass Viertklässler:innen aus sozial privilegierteren Familien deutliche Vorteile in der Lesekompetenz im Vergleich zu Schüler:innen aus sozial weniger privilegierten Familien haben. Diese sozialen Disparitäten in der Lesekompetenz konnten seit 2001 nicht reduziert werden. Die Lesekompetenz von Viertklässler:innen aus nicht armutsgefährdeten Familien liegt 47 Punkte über der armutsgefährdeter Schüler:innen (Stubbe et al. 2023: 166) - das entspricht mehr als dem, was Kinder im Laufe eines Jahres durchschnittlich dazulernen. Insgesamt haben arme Kinder und Jugendliche im Bildungssystem in Deutschland deutlich geringere Chancen – selbst bei gleichen Leistungen erhalten sie schlechtere Noten und bekommen seltener eine Empfehlung für das Gymnasium. Schon früh wissen junge Menschen in Armut um ihre fehlenden Chancen, erleben Ausgrenzung und Stigmatisierung und fühlen sich weniger der Gesellschaft zugehörig (Tophoven u. a. 2018).

Insgesamt lösen wir als Gesellschaft für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche ihr Recht auf gesundes Aufwachsen, eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit und auf Bildung und Teilhabe nicht ein. Vielmehr stellt Kinderarmut das größte Risiko für die Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten junger Menschen dar und hat auch Einfluss auf ihre Gesundheit. Armutserfahrungen in Kindheit und Jugend haben damit oft negative Folgen für das ganze Leben: Einer auskömmlichen Erwerbstätigkeit nachzugehen, ist ungleich schwieriger. Armut verfestigt sich dadurch über Generationen und verkürzt sogar die Lebenserwartung (Klocke 2006; Lampert et al. 2019). Dies alles führt auch zu gesellschaftlichen Folgekosten, wenn potenzielle Fachkräfte fehlen, mehr Sozialausgaben erforderlich sind und weniger Steuern eingenommen werden. Zudem bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Kinderarmut wirksam zu vermeiden, ist daher eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen und ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

2. Eine Kindergrundsicherung kommt bei Kindern an

Mit der Kindergrundsicherung soll Kinderarmut vermieden werden, indem Kinder und Jugendliche eine höhere Geldleistung bekommen und durch eine einfachere Beantragung alle Familien die Leistung auch in Anspruch nehmen. In der öffentlichen Debatte wird aber immer wieder die Frage gestellt, ob das Geld auch tatsächlich den Kindern und Jugendlichen selbst zugutekommt. Bilder und Geschichten von Eltern, die Geld für Zigaretten, Alkohol oder die neueste Ausstattung an Handys und Flachbildfernsehern ausgeben, prägen die mediale Diskussion. Dabei gibt es keine Evidenz dafür, dass Eltern kindbezogene Leistungen "zweckentfremden" – weder in Deutschland noch international.

Vielmehr zeigen zahlreiche qualitative Studien, dass Eltern in finanziell belastenden Lebenssituationen ihre monetären Ressourcen eher den Kindern zur Verfügung stellen als sie für eigene Interessen zu verwenden (El-Mafaalani 2021). Den Kindern soll es möglichst an nichts fehlen, vielmehr versuchen die Eltern ihnen ein Aufwachsen in weitgehender Normalität zu ermöglichen und sparen eher bei sich selbst (z. B. Andresen/Galic 2015, Diakonisches Werk 2011).

Aber auch quantitative Studien kommen zu den gleichen Ergebnissen: Für Deutschland finden Holger Stichnoth und sein Team vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) keine Belege dafür, dass Eltern mehr rauchen, Alkohol konsumieren oder Elektronikgeräte erwerben, wenn Leistungen wie Kindergeld erhöht bzw. das Landeserziehungsgeld gezahlt wird. Vielmehr geben die Eltern das Geld im Sinne ihrer Kinder aus, etwa für Kinderbetreuung, Hobbies oder auch eine größere Wohnung. Beispielsweise steigt je 100 Euro Kindergeld die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind eine Kindertagesbetreuung besucht, um fünf Prozentpunkte; Kinder gehen zudem häufiger zum Kinderturnen (Anstieg um acht Prozentpunkte) oder zur Musikerziehung (Anstieg bei Kindern unter sechs Jahren um sieben Prozentpunkte, bei jenen zwischen sechs und 16 Jahren um elf Prozentpunkte). Zudem reduzieren Eltern aufgrund des Kindergelds nicht ihre Arbeitszeit (Stichnoth et al. 2018).

Für die USA kann die neue Studie "Baby's First Years" den Effekt von zusätzlichen Geldleistungen noch

genauer untersuchen und die deutschen Ergebnisse insbesondere mit Blick auf Familien in Armut bestätigen. In einem breit angelegten Experiment wurden 1.000 Mütter mit neugeborenen Kindern mit niedrigem Einkommen ausgewählt, die zufällig entweder 333 USD pro Monat oder aber eine kleine Summe von 20 USD erhielten, über die sie frei verfügen konnten. Auch bei Auszahlung der höheren Summe veränderte sich der Alkohol- und Zigarettenkonsum der Mütter nicht signifikant (Yoo et al. 2022), jedoch wurde mehr Geld für die Kinder bzw. für Aktivitäten mit den Kindern ausgegeben (Gennetian et al. 2022) (siehe Kasten unten).

Sicher gibt es auch Fälle, in denen Eltern sich nicht gut um ihre Kinder kümmern und diese gefährden. Diese Familien brauchen besondere Unterstützung und Kontrolle. Allen (armen) Eltern zu misstrauen und sie unter einen Generalverdacht zu stellen, ist jedoch weder angebracht noch zielführend, wenn es um die Ausgestaltung sozialpolitischer Leistungen geht. Familien bilden in all ihrer Vielfalt die Keimzellen unserer Gesellschaft. Egal ob reich oder arm, sie verdienen Vertrauen und ihnen sollte die Freiheit gewährt werden, selbst im Interesse und zum Wohle ihrer Kinder zu entscheiden.

Sachleistungen oder zweckgebundene Geldleistungen sind übrigens keine gute oder zielgenauere Alternative. Sie sind oft mit viel Bürokratie verbunden oder wenig bekannt, so dass nicht alle Kinder und Jugendlichen, die Anspruch darauf hätten, erreicht werden. Das sehen wir aktuell beim Kinderzuschlag und auch einigen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (Jackwerth-Rice 2023; Dehmer et al. 2020). Zudem kommt auch bei solchen Leistungen nicht alles Geld bei den Kindern an. Beim Bildungs- und Teilhabepaket entstanden z. B. ca. 20 bis 30 Prozent Verwaltungskosten (SOFI/IAB 2016).

 Kinderarmut zu vermeiden, kostet Geld – die Kindergrundsicherung ist als Chancengeld aber eine lohnende Investition

Kinderarmut zu vermeiden und eine armutsfeste Kindergrundsicherung einzuführen, kostet natürlich Geld – aus drei Gründen:

- Mit der Kindergrundsicherung sollen auch Kinder erreicht werden, deren Familien bislang SGB II-Leistungen oder den Kinderzuschlag aus Unwissen, Scham oder anderen Gründen nicht in Anspruch nehmen. Dazu werden bisherige Leistungen zusammengeführt sowie die Beantragung vereinfacht und digital möglich gemacht. Allein dies führt zu höheren Kosten. Denn die Mittel, auf die Familien eigentlich schon jetzt einen Anspruch hätten, diesen aber nicht geltend machen, sind im öffentlichen Haushalt nicht eingeplant.
- Kinder und Jugendliche in Armut benötigen zudem mehr Geld, um gesund und gut aufwachsen zu können. Die derzeitigen Regelbedarfe beim Bürgergeld sind zu niedrig, das belegen zahlreiche Studien (Tophoven et al. 2017 und 2018; Lietzmann/Wenzig 2020). Eine wirksame Kindergrundsicherung muss das gewährleisten, was zu einer "normalen" Kindheit und Jugend in Deutschland dazu gehört und was ihnen durchschnittliche Möglichkeiten und Spielräume eröffnet, damit sie tatsächlich an der Gesellschaft teilhaben und gesund aufwachsen können. Dazu muss die Existenzsicherung für junge Menschen neu und unter ihrer Beteiligung bestimmt werden (Expert:innenbeirat & Projekt Familie und Bildung 2023).
- Die Kindergrundsicherung kann dazu führen, dass Eltern vorübergehend ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren. Das machen sie nicht aus Bequemlichkeit oder gar Faulheit. Vielmehr nehmen sie sich Zeit für ihre Kinder und leisten wichtige Care-Arbeit. Das ist nicht nur angesichts der Überlastung von Eltern nach der Corona-Pandemie und in der Kita-Krise wichtig und richtig. Simulationsrechnungen zeigen, dass diese Reduktionen des Arbeitsangebots von Vätern und Müttern gleichermaßen vorgenommen werden (Blömer 2022). Die Eltern ziehen sich aber nicht langfristig vom Arbeitsmarkt zurück. Insgesamt können diese Effekte aber zusätzliche Kosten verursachen - das hängt allerdings von der konkreten Ausgestaltung der Kindergrundsicherung ab (z. B. der Abschmelzrate).

Eine Kindergrundsicherung, die Armut wirksam vermeidet, kostet Geld. Simulationsrechnungen zu unserem Vorschlag eines Teilhabegeldes – einer Art Kindergrundsicherung – haben fiskalische Kosten in Höhe von 20 bis 37 Milliarden Euro ergeben, je nach konkreter Ausgestaltung (Blömer 2022). Dieses Geld für eine Kindergrundsicherung ist aber gut investiert. Das belegt aktuelle US-amerikanische Forschung, die erstmals zeigen kann, dass sich Investitionen in die Vermeidung von Armut in Form von Geldleistungen langfristig auszahlen (siehe Kasten):

Aktuelle US-amerikanische Forschungsergebnisse

Baby's First Years

Baby's First Years ist ein breit angelegtes, mit Spenden finanziertes, im Jahr 2018 gestartetes Forschungsprojekt, in dem 1.000 Mütter mit niedrigem Einkommen in den ersten vier Lebensjahren ihrer Kinder monatliche Geldgeschenke von entweder 333 USD oder 20 USD bekamen. Die Geldleistungen wurden ohne Bedingungen oder Vorgaben an die beiden Gruppen von Müttern ausgezahlt. Ziel war es, zu untersuchen, inwiefern Armut bzw. eine Armutsreduktion die frühkindliche Entwicklung der Kinder beeinflussen kann und welche Veränderungen in der Familie dazu beitragen. Dazu wurden die Mütter jährlich umfassend (also nicht explizit zur Verwendung des Geldes) befragt, etwa zu Ausgaben, Betreuungsarrangements, Erziehungsstil, Gesundheit, Entwicklung und Wohlbefinden der Kinder. Parallel dazu wurden 80 halbstrukturierte, qualitative Interviews geführt. Zudem wurde etwa die Hälfte der Kinder rund um ihren ersten Geburtstag mittels eines EEG neurologisch untersucht.

Die Forschung zu Baby's First Years kommt zu dem Ergebnis, dass die Mütter trotz der Geldgeschenke weiter erwerbstätig sind sowie den Konsum von Zigaretten, Alkohol und anderen Drogen nicht erhöhen (Yoo et al. 2022). Vielmehr wurde das Geld für die Kinder bzw. für Aktivitäten mit den Kindern ausgegeben (Gennetian et al. 2022). Bei den Einjährigen, deren Mütter eine Geldleistung in Höhe von 333 USD erhalten hatten, konnte zudem eine höhere Gehirnaktivität nachgewiesen werden, die für die spätere Entwicklung kognitiver Kompetenzen wichtig ist (Troller-Rennfree et al. 2022). Zudem führte die finanzielle Leistung zu einer gesünderen Ernährung der Kinder (Sperber et al. 2023).

Investing in Infants: The Lasting Effects of Cash Transfers to new families

Die im Quarterly Journal of Economics veröffentlichte Studie von Andrew Barr, Jonathan Eggleston und Alexander A. Smith belegt, dass Geldleistungen im ersten Lebensjahr eines Kindes große und langfristig positive Auswirkungen auf das Kind haben und sich auch für die Gesellschaft auszahlen. Die Autoren nutzen für die Studie eine Regelung in den USA, nach der der 1. Januar eines Jahres der entscheidende Stichtag für die Gewährung von Steuervergünstigungen für neu geborene Kinder ist. Das führt dazu, dass Familien je nach Geburtstag des Kindes im ersten Lebensjahr sehr unterschiedliche Steuervergünstigungen bzw. Geldtransfers erhalten. Für eine durchschnittliche einkommensschwache Familie mit einem Kind in der Stichprobe beläuft sich dieser Unterschied der Transfers auf etwa 1.300 Dollar oder zehn Prozent des jährlichen Einkommens. Analysiert werden Steuerdaten (sog. IRS 1040-Daten) über vier Jahrzehnte (1979-2019), die mit Daten zu Eltern und Kindern sowie Bildungsdaten kombiniert werden.

Die Studie zeigt, dass die Geldtransfers im ersten Lebensjahr dazu führen, dass Kinder bzw. Jugendliche bessere Ergebnisse in Mathematik- und Lesetests erzielen und mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einen Schulabschluss (High School Diploma) erreichen. Langfristig setzen sich diese positiven Wirkungen fort: Das Einkommen junger Erwachsener (20 bis 30 Jahre), die von den zusätzlichen Geldleistungen profitieren, ist um mindestens ein bis zwei Prozent erhöht, wobei die Auswirkungen für Männer größer sind. Im Alter von 30 bis 40 Jahren verdienen sie sogar zwei bis drei Prozent mehr. Für die Gesellschaft wirkt sich dies positiv aus in Form von höheren Steuereinnahmen. Zudem sank die Kriminalitätsrate der Begünstigten, so dass Kosten im Justizsystem vermieden wurden. Zusammengefasst sind die langfristigen positiven gesellschaftlichen Auswirkungen so groß, dass sich der Transfer durch spätere Erhöhungen des Einkommensteueraufkommens auf Bundesebene bezahlt macht.

Diese aktuellen Forschungsergebnisse aus den USA belegen, dass Geldleistungen für arme Kinder in den ersten Lebensjahren weitreichende positive Auswirkungen auf das weitere Leben der jungen Menschen haben: Die Kinder erzielen in der Schulzeit durchschnittlich bessere Ergebnisse in Mathematik und Lesen und erlangen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit den High-School-Abschluss als Kinder, deren Familien diese zusätzlichen Mittel nicht erhalten haben. Ihr späteres Einkommen als junge Erwachsene ist höher, so dass sie auch mehr Steuern zahlen. Ausgaben für spätere Sozialtransfers oder Maßnahmen im Gesundheitssystem werden vermieden. Insgesamt rechnen sich die Investitionen des Staates in die Armutsvermeidung damit langfristig (Barr et al. 2022). Es ist davon auszugehen, dass sich diese positiven Wirkungen auch über Generationen fortsetzen, so dass der Kreislauf von Armut wirklich durchbrochen werden kann.

Diese Ergebnisse ergänzen die Forschung von Nobelpreisträger James Heckman. Heckman zeigte die positiven gesellschaftlichen Effekte von Investitionen in frühe Bildung auf und trug so dazu bei, dass die Politik im zurückliegenden Jahrzehnt frühkindliche Bildungsund Betreuungsangebote massiv ausgebaut hat (wenngleich dieser Ausbau noch weiter gehen muss). Die Erkenntnisse von Barr et al. sowie aus der "Baby's First Years"-Studie sollten für Politik und Gesellschaft ein Weckruf sein, die Vermeidung von Kinderarmut endlich ernst zu nehmen und umfassend anzugehen.

Die Kindergrundsicherung ist volkswirtschaftlich und gesellschaftlich eine gute Investition, die Kindern und Jugendlichen heute sowie zukünftigen Generationen Chancen eröffnet. Sie ist ein Chancengeld, das politisch Priorität haben sollte. Nehmen wir dieses Geld als Gesellschaft hingegen nicht in die Hand, bedeutet das im Umkehrschluss, dass wir weiter dabei zuschauen, wie mehr als ein Fünftel der jungen Generation seiner Lebenschancen beraubt wird. Zugleich nehmen wir sehenden Auges in Kauf, dass uns das mittel- und langfristig noch deutlich höhere Folgekosten, zum Beispiel im Gesundheits- und in den Sozialsystemen einbringen wird. Der Fachkräftemangel und der demographische Wandel werden dies zusätzlich verschärfen. Die Konsequenzen daraus werden wieder die Kinder und Jugendlichen von heute tragen müssen.

4. Kinder und Jugendliche brauchen finanzielle Sicherheit und gute Bildung – beides muss gemeinsam gedacht werden

Kinder und Jugendliche brauchen sowohl finanzielle Sicherheit als auch gute Bildungsinstitutionen. In der öffentlichen Diskussion wird aber oft argumentiert, dass Investitionen in Bildungsinstitutionen effektiver wären als Geldleistungen für arme Kinder und Jugendliche. Seit dem PISA-Schock im Jahr 2001, der den engen Zusammenhang zwischen (sozioökonomischer) Herkunft von Kindern und Jugendlichen und ihrem Bildungserfolg in Deutschland aufgezeigt hat, ist es ein erklärtes Ziel der Politik, diesen Zusammenhang zu entkoppeln. Trotz der großen Aufmerksamkeit für die PISA-Studien und trotz massivem Ausbau insbesondere der frühkindlichen Bildungsinstitutionen und der Ganztagsschulen sind die Fortschritte allerdings ernüchternd. Die Bildungschancen von jungen Menschen hängen weiterhin sehr stark von ihrem familiären und insbesondere sozioökonomischen Hintergrund ab – das belegen aktuelle Studien (vgl. etwa Bachsleitner et al. 2022, Stubbe et al. 2023 oder Wößmann et al. 2023).

Hinzu kommt, dass sich das Bildungssystem in einer tiefen Krise befindet: In der frühkindlichen Bildung und in den Schulen herrscht ein eklatanter und sich weiter verschärfender Mangel an Fachkräften. Daneben fehlt es an weiteren Ressourcen (z. B. für den Bau bzw. die Sanierung maroder Schulen, gesunde Verpflegung, zeitgemäße digitale Ausstattung). Das Versprechen eines "Aufstiegs durch Bildung" halten wir als Gesellschaft schon länger nicht mehr ein.

Das kann sich nur ändern, wenn wir endlich die Themen Kinderarmut und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem gemeinsam denken und angehen. Statt Geldleistungen für Kinder und Investitionen ins Bildungssystem gegeneinander zu stellen bzw. sogar das eine mit dem Wegfall des anderen gegenfinanzieren zu wollen, brauchen wir einen umfassenden Ansatz. Aus der US-amerikanischen Forschung wissen wir, dass beides – Geldleistungen für arme Familien wie auch Investitionen in Bildung – langfristig positive Effekte für die Betroffenen wie auch die Gesellschaft nach sich zieht. Dabei funktionieren vor allem Ansät-

ze, die Armut und soziale Ungleichheit breiter denken und mit umfassenderen Programmen, die sowohl Bildung als auch finanzielle Ressourcen sowie weitere Aspekte (Gesundheit, Beratung, Anlaufstellen etc.) beinhalten, kombinieren. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass es unter diesen Voraussetzungen gelingen kann, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen, da sich positive Effekte der Interventionen auch in der nachfolgenden Generation fortsetzen (siehe z. B. Barr/Gibbs 2022).

Daher brauchen wir sowohl massive Investitionen in qualitativ hochwertige ganztägige Bildungsinstitutionen als auch die schnelle Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung. Eine umfassende Bedarfserhebung für und mit Kindern und Jugendlichen wäre dafür eine wichtige Grundlage. Denn sie zeigt die Bedarfe, Wünsche und Ideen von Kindern in den unterschiedlichen Lebensbereichen auf und gibt Hinweise darauf, welche Bedarfe in welcher Form bzw. an welchen Stellen (Schule, Freizeit, Familie etc.) entstehen und gedeckt werden sollten. Auch kann sie dazu beitragen, die Effekte politischer Reformen in den genannten Bereichen immer wieder zu evaluieren und ggf. anzupassen.

Uns muss jedoch bewusst sein, dass Reformen und Investitionen im Bildungssystem nicht so schnell umsetzbar sind und wirken können. Föderale Strukturen und zersplitterte Zuständigkeiten erschweren bundesweite politische Reformbemühungen. Fehlende Fachkräfte können nicht von jetzt auf gleich eingestellt werden, da schlichtweg nicht genug ausgebildete Personen vorhanden sind. Auch lassen sich in kurzer Zeit marode Gebäude nicht renovieren oder neue errichten. Eine armutsfeste Kindergrundsicherung wirkt hingegen unmittelbar und verbessert das Leben junger Menschen und ihrer Familien sofort spürbar. Umso wichtiger ist es, dass sie wie geplant im Jahr 2025 eingeführt wird.

5. Eine armutsfeste Kindergrundsicherung jetzt

Mit der geplanten Einführung der Kindergrundsicherung in dieser Legislaturperiode besteht die große und vielleicht einmalige Chance wirksam gegen Kinderarmut in Deutschland vorzugehen. Denn mit einer reinen Erhöhung bisheriger Leistungen kann

dies nicht gelingen. Die jüngste Kindergelderhöhung auf 250 Euro pro Kind ist teuer und ändert für viele Kinder nichts: Familien im oberen Einkommensbereich benötigen die zusätzlichen Mittel vielfach nicht; bei Familien im SGB II-("Bürgergeld"-)Bezug kommen Kindergelderhöhungen gar nicht an, da sie vollständig auf SGB II-Leistungen angerechnet werden. Auch eine reine Bündelung und Vereinfachung bisheriger Leistungen reicht nicht aus.

Vielmehr muss mit der Einführung einer Kindergrundsicherung ein echter Systemwechsel eingeleitet werden. Folgende fünf Aspekte sind dabei zu beachten:

- Die Höhe der Kindergrundsicherung muss sich an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern und Jugendlichen orientieren und diese abdecken. Diese Bedarfe müssen regelmäßig und umfassend unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen selbst erhoben werden. Kinder und Jugendliche sind Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelt, ihre Rechte auf Gehör und Beteiligung sind umzusetzen.
- 2. Die Ergebnisse einer solchen Bedarfserhebung müssen in die Neubestimmung der kindlichen Existenzsicherung einfließen. Diese muss sich an einer gesellschaftlichen Mitte orientieren - denn Kinder können sich selbst nicht aus Armut befreien und haben ein Recht auf gutes Aufwachsen und Teilhabe. Dabei wird eine Bedarfserhebung keine cent-genaue Berechnung ermöglichen, sondern vielmehr einen wertvollen Beitrag zu einer politischen Diskussion darüber leisten, was wir als Gesellschaft jungen Menschen zur Verfügung stellen wollen. Daneben braucht es weitere Daten wie etwa Haushaltsdaten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie wissenschaftliche Erkenntnisse, etwa zu gesunder Ernährung. Zudem ist eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Existenzsicherung an gesellschaftliche Veränderungen unabdingbar (Expert:innenbeirat und Projekt Familie und Bildung 2023).
- Kinder und Jugendliche müssen selbst Anspruchsberechtigte der Leistung sein.
- Die Kindergrundsicherung muss vor allem am unteren Einkommensrand wirken und nicht höhere Einkommensschichten weiter entlasten.

Dazu wird sie mit steigendem Einkommen der Eltern abgeschmolzen. Das Abschmelzen muss so gestaltet werden, dass negative Erwerbsanreize möglichst gering bleiben und Schnittstellen zu anderen Rechtsbereichen gut abgestimmt werden. Letzteres gilt insbesondere mit Blick auf Alleinerziehende. In der Vergangenheit haben Reformen mitunter dazu geführt, dass diese Familien nach der Reform schlechter gestellt waren als vorher. Gerade vor dem Hintergrund, dass Kinder in alleinerziehenden Familien besonders häufig von Armut betroffen sind, gilt es dies bei Einführung der Kindergrundsicherung unbedingt zu vermeiden. Stattdessen müssen die zusätzlichen Bedarfe, die Kinder in alleinerziehenden und getrenntlebenden Familien haben, ausreichend abgedeckt

- werden. Es ist sicherzustellen, dass mehr Geld dort ankommt, wo das Kind lebt – egal in welcher familiären Konstellation. Das gilt in besonderem Maße auch für Kinder in Mehrkindfamilien.
- 5. Die Kindergrundsicherung muss einfach, niedrigschwellig und digital zu beantragen sein. Die Bringschuld sollte beim Staat liegen, so dass die Kindergrundsicherung bei allen Kindern und Jugendlichen ankommt. Es ist in jedem Fall zu vermeiden, dass Anspruchsberechtigte aus Unwissen oder wegen bürokratischer Hürden die Leistung nicht oder nicht in der ihnen zustehenden Höhe erhalten. Dazu gilt es auch, Beratungs-, Hilfe- und Unterstützungsangebote vor Ort zu stärken und finanziell gut auszustatten.

Literatur

Andresen, Sabine und Danijela Galic (2015): Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bachsleitner, Anna; Lämmchen, Ronja und Kai Maaz (Hrsg.) (2022): Soziale Ungleichheit des Bildungserwerbs von der Vorschule bis zur Hochschule. Eine Forschungssynthese zwei Jahrzehnte nach PISA. Münster; New York: Waxmann.

Barr, Andrew; Eggleston, Jonathan und Alexander A. Smith (2022): Investing in Infants: the Lasting Effects of Cash Transfers to New Families. In: The Quarterly Journal of Economics, Vol. 137, Issue 4, November 2022: 2539–2583.

Barr, Andrew and Chloe E. Gibbs (2022): Breaking the Cycle? Intergenerational Effects of an Antipoverty Program in Early Childhood. In: Journal of Political Economy, Vol. 130, No. 12: 3253-3285.

Blömer, Maximilian (2022): Wie wirkt das Teilhabegeld und was kostet es? Simulationsrechnungen für ein Kindergrundsicherungsmodell. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online unter: www.bertelsmann-stiftung.de/teilhabegeld-simulationsrechnungen [19.06.2023].

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2023), Leistungen und Bedarfe im Bürgergeld. Online unter: BMAS - Leistungen und Bedarfe im Bürgergeld [13.06.2023].

Dehmer, Mara; Linckh, Carolin; Rock, Joachim und Greta Schabram (2020): Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilhabequoten im Fokus. Berlin: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V. Online unter: expertise-BuT-2020_web.pdf (der-paritaetische. de) [20.06.2023].

Diakonisches Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e.V. in Zusammenarbeit mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (Hrsg.) (2011): Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land gestalten. Braunschweig. Online unter: Diakonisches_Werk_Wirksame_Wege_Broschuere.pdf (goe-bielefeld.de) [20.06.2023].

El-Mafaalani, Aladin (2021): Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. K"oln: Kiepenheuer & Witsch. Liebenheuer Witsch. Mit Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. K"oln: Kiepenheuer & Witsch. Liebenheuer Witsch

Expert:innenbeirat und Projekt "Familie und Bildung: Politik vom Kind aus denken" (2023): Warum existenzsichernde Leistungen für Kinder und Jugendliche für eine Kindergrundsicherung neu zu bestimmen sind und wie es gehen kann. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online unter: BST-18-011 (bertelsmann-stiftung.de) [20.06.2023].

Funcke, Antje und Sarah Menne (2023): Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online unter: Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland (bertelsmann-stiftung.de) [20.06.2023].

Garbuszus, Jan Marvin; Ott, Notburga; Pehle, Sebastian und Martin Werding (2018): Wie hat sich die Einkommenssituation von Familien entwickelt? Ein neues Messkonzept. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online unter: www.bertelsmann-stiftung.de/einkommenssituation-familien [19.06.2023].

Gennetian, Lisa A.; Duncan, Greg; Fox, Nathan A.; Magnuson, Katherine; Halpern-Meekin, Sarah; Noble, Kimberly G. und Hirokazu Yoshikawa (2022): Unconditional Cash and Family Investments in Infants: Evidence from a Large-Scale Cash Transfer Experiment in the U.S. NBER Working Paper. Cambridge. Online unter: Unconditional Cash and Family Investments in Infants: Evidence from a Large-Scale Cash Transfer Experiment in the U.S. | NBER [19.06.2023].

Hohoff, Eva; Zahn, Helena; Weder, Stine; Fischer, Morwenna; Längler, Alfred; Michalsen, Andreas; Keller, Markus und Ute Alexy (2022): Food costs for vegetarian, vegan and omnivore child nutrition: is a sustainable diet feasible with Hartz IV? Ernährungs Umschau 2022, 69(9): 136–40. Online unter: DOI: 10.4455/eu.2022.027.

Jackwerth-Rice, Deborah (2023): Strukturelle Hürden bei der Inanspruchnahme des Kinderzuschlags. Begleitforschung zum Projekt "KiZ+". Working Paper Fachgruppe Soziologie und Arbeitsmarktpolitik, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Nr. 3. Online unter: Strukturelle Hürden bei der Inanspruchnahme von Kinderzuschlag (phoenix-geno.de) [20.06.2023].

Klocke, Andreas (2006): Die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen in deprivierten Lebenslagen. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 26 (2): 158-170. Online unter: https://www.pedocs.de/volltexte/2012/5646/pdf/ZSE_2006_2_Klocke_Armut_Kontext_D_A.pdf. [20.06.2023].

Lampert, Thomas; Hoebel, Jens und Lars Eric Kroll (2019): Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland – Aktuelle Situation und Trends. Journal of Health Monitoring, 4 (1): 3-15.

Lietzmann, Torsten und Claudia Wenzig (2020): Materielle Unterversorgung von Kindern, Bertelsmann Stiftung: Gütersloh. Online unter: www.bertelsmann-stiftung.de/unterversorgung-kinder [20.06.2023].

SOFI und IAB (2016). Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe. Schlussbericht. Göttingen und Nürnberg: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Sperber, Jessica F.; Gennetian, Lisa A.; Hart, Emma R.; Kunin-Batson, Alicia; Magnuson, Katherine; Duncan, Greg J.; Yoshikawa, Hirokazu; Fox, Nathan A.; Halpern-Meekin, Sarah and Kimberly G. Noble (2023): The Effect of a U.S. Poverty Reduction Intervention on Maternal Assessments of Young Children's Health, Nutrition, and Sleep: A Randomized Control Trial. Online unter: The Effect of a U.S. Poverty Reduction Intervention on Maternal Assessments of Young Children's Health, Nutrition, and Sleep: A Randomized Control Trial | medRxiv [20.06.2023].

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2023): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Tabellen. Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen). Daten für Dezember 2023. Nürnberg. Online unter: Einzelausgaben - Statistik der Bundesagentur für Arbeit (arbeitsagentur.de) [19.06.2023].

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023): Armutsgefährdung und Einkommensverteilung (MZ-Kern). Online unter: Armutsgefährdung und Einkommensverteilung (MZ-Kern) | Statistikportal.de [19.06.2023].

Stichnoth, Holger; Riedel, Lukas; Camarero Garcia, Sebastian; Dörrenberg, Philipp; Neisser, Carina; Streng, Martin und Nils Wehrhöfer (2018): Kommt das Geld bei den Kindern an? Bertelsmann Stiftung: Gütersloh. Online unter: Kommt das Geld bei den Kindern an? (bertelsmann-stiftung.de) [19.06.2023].

Stubbe, Tobias C.; Kleinkorres, Ruben; Krieg, Maria; Schaufelberger, Rahim und Theresa Schlitter (2023): Soziale und migrationsbedingte Disparitäten in der Lesekompetenz von Viertklässlerinnen und Viertklässlern. In: McElvany, Nele; Lorenz, Ramona; Frey, Andreas; Goldhammer, Frank; Schilcher, Anita und Tobias C. Stubbe (Hrsg.): IGLU 2021. Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre. Münster, New York: Waxmann: 151-178. Online unter: Iglu 2021 (waxmann.com) [19.06.2023].

Tafel Deutschland e. V. (2022): Tafeln in der Krise: Pandemie, Inflation, Kriegsfolgen. Aktuelle Zahlen und Fakten – Sommer 2022. Online unter: 221221_TAFEL_UA_Fakten_f.indd [20.06.2023].

Tophoven, Silke; Lietzmann, Torsten; Reiter, Sabrina und Claudia Wenzig (2018): Aufwachsen in Armutslagen. Zentrale Einflussfaktoren und Folgen für die soziale Teilhabe. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh. Online unter: www.bertelsmann-stiftung.de/aufwachsen-in-armut [19.06.2023].

Tophoven, Silke; Lietzmann, Torsten; Reiter, Sabrina und Claudia Wenzig (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh. Online unter: www.bertelsmann-stiftung.de/dauerzustand-kinderarmut [19.06.2023].

Troller-Rennfree, Sonya V.; Costanzo, Molly A.; Duncan, Greg J.; Magnuson, Katherine; Gennetian, Lisa A.; Yoshikawa, Hirokazu; Halpern-Meekin, Sarah; Fox, Nathan A. und Kimberly G. Noble (2022): The impact of a poverty reduction intervention on infant brain activity. Proceedings of the National Academies of Sciences. doi:10.1073/pnas.2115649119. Online unter: PNAS202115649_proof.pdf (babysfirstyears.com) [20.06.2023].

Wößmann, Ludger; Schoner, Florian; Freundl, Vera und Franziska Pfaehler (2023): Der ifo-"Ein Herz für Kinder"- Chancenmonitor. Wie (un-)gerecht sind die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Familien in Deutschland verteilt?. ifo Schnelldienst 4/2023. Online unter: Der ifo-"Ein Herz für Kinder"- Chancenmonitor: Wie (un-)gerecht sind die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Familien in Deutschland verteilt? | Publikationen | ifo Institut [19.06.2023].

Yoo, Paul Y.; Duncan, Greg J.; Magnuson, Katherine; Fox, Nathan A.; Yoshikawa, Hirokazu; Halpern-Meekin, Sarah und Kimberly G. Noble (2022): Unconditional cash transfers and maternal substance use: findings from a randomized control trial of low-income mothers with infants in the U.S. BMC Public Health. Online unter: Unconditional cash transfers and maternal substance use: findings from a randomized control trial of low-income mothers with infants in the U.S. | BMC Public Health | Full Text (biomedcentral.com) [20.06.2023].

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Juli 2023

Bertelsmann Stiftung Carl-Bertelsmann-Straße 256 33311 Gütersloh Telefon +49 5241 81-0 www.bertelsmann-stiftung.de Programm Bildung und Next Generation

Antje Funcke

Telefon +49 5241 81-81243 antje.funcke@bertelsmann-stiftung.de

Sarah Menne

Telefon +49 5241 81-81260

sarah.menne@bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich Antje Funcke Sarah Menne

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Titelfoto

 ${\hbox{$\mathbb C$}}$ Getty Images / Photo and Co